

Stefanie Endlich

**“Kontaminiert” von der deutschen Geschichte**  
**10. Beitragsfolge zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas**

aus: kunststadt stadtkunst 51, 2004, S. 10-11

„Nun wird die Erinnerung gebaut“, titelte die Frankfurter Rundschau im April 2003, als für die komplizierte Herstellung der 2751 Stelen endlich eine Firma gefunden war.

Das Stahlbeton-Fertigwerk im brandenburgischen Joachimsthal, das Erfahrungen mit Großprojekten wie dem Tempodrom vorweisen konnte, entwickelte mit Gutachtern ein spezielles Schalungsverfahren mit besonders dicken Stahlformen, experimentierte mit verschiedenen Mischungsverhältnissen, erprobte sogar verschiedene Öle zur Beschichtung der Gussformen und goss schließlich, höchst ungewöhnlich, die Stelen, selbst die fünf Meter hohen, in stehende statt in liegende Formen, um Produktionsschäden zu minimieren – zuerst auf den Kopf gestellt, dann mit Kettenzug-Hilfe gedreht. Danach ein aufwendiger Trocknungsprozess, die Nachbehandlung mit Grafittschutz und der heikle Transport nach Berlin.

Im August 2003 wählte Peter Eisenman aus verschiedenen Prototypen die Stele aus, die seiner Vorstellung von glatter Oberflächenstruktur, anthrazitfarbenem Ton und scharfen, bruchlosen Kanten am nächsten kam und somit als Vorbild für die Serienproduktion dienen sollte. Das für die Fundamentierung streifenförmig terrassierte Denkmalsgelände wird nach und nach mit unter Bodenniveau eingelassenen Betonelementen versehen, die die unterschiedlichen Neigungswinkel der Stelen fixieren. In der Südostecke entsteht der unterirdische “Ort der Information”, bevor auch diese Fläche als letzte mit Stelen bedeckt wird. Eine große Bodenplatte machte im Herbst 2003 die Dimensionierung der Räumlichkeiten sichtbar. Der erst bei den Bauarbeiten wieder aufgefundene, in der letzten Kriegsphase als Befehlsstand einer SS-Division genutzte, mit einer Stahlplatte bedeckte Goebbels-Bunker in der Nordostecke wurde untersucht, dokumentiert und im Erdreich belassen, gewissermaßen versiegelt; das Stelenfeld wird sich auch über ihn erstrecken. Von einer kleinen Aussichtsplattform mit Informationstafeln an der Ebertstraße können Passanten den Bauverlauf beobachten – sofern sie groß genug sind, um über die mächtigen, pultartig die Brüstung bedeckenden Info-Tafeln hinweg auf das Gelände zu schauen.

Die von der Presse in kurzen Abständen immer wieder als Erfolgsgeschichte veranschaulichte Produktions- und Aufstellungsprozedur der Stelen wurde im Oktober jäh unterbrochen durch die Nachricht, dass für den Graffitischutz der Stelen ein Produkt der Firma Degussa verwendet wurde. Zu Degussa hatte in der Zeit des Nationalsozialismus auch das Tochterunternehmen "Degesch" gehört, die "Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung", die das Giftgas Zyklon B für die Gaskammern der Vernichtungslager lieferte und an der Verwertung des Zahngoldes der Ermordeten beteiligt war. Degussa hatte zur Stelen-Beschichtung mit dem Graffitischutzmittel "Protectosil" das günstigste Angebot abgegeben, allerdings mit einer erst nachträglich herabgesetzten und dann als Sponsoren-Beitrag zum Denkmalsprojekt deklarierten Kalkulation, mit der es ihr gelang, eine Schweizer Konkurrenzfirma aus dem Rennen zu werfen, die zunächst das niedrigste Angebot abgegeben hatte. Wie einige Wochen später bekannt wurde, war auch noch ein Produkt einer Degussa-Tochter zur Betonverflüssigung beim Fundamentbau verwendet worden.

Die einzelnen Konstellationen und Etappen der Auseinandersetzung, in der Presse ausführlich beschrieben, sollen hier nicht rekapituliert werden. Die Frage, ob es den Überlebenden und den Angehörigen der Ermordeten zuzumuten sei, ein Denkmal zu besuchen, bei dem man als Graffitischutz ein Degussa-Produkt verwendet hatte, wurde kontrovers diskutiert. Einerseits wurde hervorgehoben, dass Degussa, das drittgrößte Chemie-Unternehmen in der Bundesrepublik, sich 1999 als eine der ersten Firmen bei der Einrichtung des Zwangsarbeiter-Entschädigungsfonds engagiert hat (wobei eher selten erwähnt wurde, dass es auch für dieses Engagement mehr als ein halbes Jahrhundert brauchte). Das heutige Unternehmen habe nichts mehr mit dem in der NS-Zeit zu tun, es bemühe sich in vorbildlicher Weise um die Aufarbeitung seiner damaligen Firmengeschichte (was bei genauerer Betrachtung der Publikationen dieser Firma nicht ernsthaft behauptet werden kann) und habe sogar das Diaspora-Museum in Tel Aviv unterstützt (so der ehemalige israelische Botschafter Avi Primor im Tagesspiegel vom 29.10.2003). Vermutlich werde man überhaupt kein Unternehmen für eine solche Bauaufgabe finden, dessen Vorgänger nicht in NS-Verbrechen verwickelt sei.

Andererseits hatte man bei solcher Argumentation offensichtlich die Symbolwirkung des Firmennamens Degussa unterschätzt. Der "Fall Degussa, Degesch, Zyklon B" rage aus der "endlosen Kette" der solchermaßen verwickelten Firmen "wie ein Monolith" hervor (so Salomon Korn in der Frankfurter Rundschau vom 13.11.2003). Er sei untrennbar mit dem Völkermord und mit dem ebenfalls zum Symbolbegriff gewordenen Vernichtungslager

Auschwitz verbunden. Auch wenn man sich dieser zugespitzten Aussage nicht voll anschließen mag, da die Giftgas-Vernichtung in der Erinnerung bisher eher mit IG Farben verbunden wurde (die wie Degussa an Degesch beteiligt waren), ist doch befremdlich, dass Stiftung und Bauverwaltung, die über die historische Rolle von Degussa früh informiert waren, dies lange nur als "baufachliches Problem" (so die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz) behandelten und die Dimension des Problems nicht erkannten.

Das Stiftungs-Kuratorium beschloss zunächst einen Baustopp und führte am 13. November 2003 eine Grundsatzdebatte. Ergebnis war die Entscheidung, die schon fertig gestellten Stelen und Fundamentierungen nicht abzureißen und neu zu produzieren, sondern mit allen bisher an der Denkmalserrichtung beteiligten Firmen – also auch mit Degussa – weiter zu bauen. Keine Zustimmung fand der kluge, um Vermittlung bemühte Vorschlag des Zentralrats-Vizepräsidenten Salomon Korn, die bereits gebauten Stelen "als Zeugnisse der Debatte" stehen zu lassen (weil "die deutsche Geschichte durch das Mahnmal hindurchfließen muss und das Mahnmal von dieser Geschichte kontaminiert ist"), die weiteren Arbeiten aber ohne Degussa-Beteiligung weiterzuführen (Frankfurter Rundschau, 13.11.2003). Die Entscheidung, den Degussa-Auftrag nicht zu stornieren, sei – so der Kuratoriums-Vorsitzende Wolfgang Thierse – aus pragmatischen Gründen gefallen, da die Suche nach alternativen Produkten den Finanz- und Zeitrahmen des Denkmalbaus gesprengt hätte. Auch Peter Eisenman hatte sich gegen einen Baustopp ausgesprochen (was Lea Rosh, die sich wieder zur Anwältin der Opfer berufen fühlte, zu der anmaßenden Frage veranlasste, was er gesagt hätte, wenn seine Eltern in Auschwitz mit Zyklon B ermordet worden wären). Ein Gutachten hatte ergeben, dass ohne Degussa die Kosten für den Graffitischutz um 2,3 Millionen Euro gestiegen wären, auch aufgrund der Schadensersatzforderungen.

Es ist nicht einfach, diese mehrheitlich getroffene Kuratoriumsentscheidung zu beurteilen. Schnell ist man geneigt, die Bedenken der Betroffenen, die offensichtlich ein Hindernis für die zügige Realisierung des Denkmals darstellten, zu kritisieren. So wird in der Presse die Frage erörtert, ob die Opfer nicht auch vergeben können sollten (Der Tagesspiegel, 15.11.2003, Die Zeit, Leserbriefe, 13.11.2003 u. a.), und man berief sich auf andere Überlebende, die einer weiteren Beauftragung von Degussa zustimmten. Der Stiftungsvorsitzende rief alle Beteiligten zur Sachlichkeit auf. In der Presse war meist zu lesen, es handle sich um einen Konflikt zwischen Emotionalität und Rationalität. Eine so vereinfachte Sichtweise liefert die Interpretation gleich mit: Die Vernunft, so schlussfolgert der Leser, hat natürlich

Recht, und es kommt nur noch darauf an, sensibel genug auf offensichtlich irrationale Gefühle Rücksicht zu nehmen.

Verständlich und in ihrem Stellenwert einschätzbar wird diese Entscheidung erst, wenn man sich die extrem aufgeladene nationale Bedeutung des Denkmals vergegenwärtigt. Seit das Projekt, einst Anliegen einer Bürgergruppe, in ein staatliches Vorhaben umgewandelt wurde und für die bundesrepublikanische Gedenkpolitik ein auch international sichtbares Zeichen setzen sollte, war das Projekt untrennbar mit dem Wunsch verbunden, mit der NS-Vergangenheit ins Reine zu kommen. Deutschland sollte sich von der Last der Vergangenheit befreien, das Denkmal sich als Versöhnungsangebot und als Messlatte für Vergangenheitsbewältigung präsentieren. Nun drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass in solchem innen- und außenpolitischen Kalkül die Ängste gerade der Überlebenden, von denen doch allein Versöhnung ausgehen kann, keinen Platz haben. Stattdessen werden sie offensichtlich als Störfaktor wahrgenommen. Der von den Denkmals-Initiatoren immer propagierte Purismus wirkte in diesem konkreten Konfliktfall plötzlich lächerlich und wurde nun heruntergespielt. Vom Realisierungsziel abzuweichen hätte ein Eingeständnis des Scheiterns bedeutet.

Lea Rosh, die zunächst mit gewohnt moralischem Impetus die Weiterbeauftragung von Degussa abgelehnt hatte, war auf der Kuratoriums-Sitzung bereit, auf eine formelle Abstimmung zu verzichten. Ein "Meinungsbild" hatte zuvor die schwache Position der Degussa-Kritiker erkennen lassen, was vermutlich auch die Vertreter des Zentralrats, der Jüdischen Gemeinde und der Gedenkstätten motivierte, nicht auf einer Endabstimmung zu bestehen. Hätte diese stattgefunden, wäre auch öffentlich deutlich geworden, dass man keinen Konsens erzielen konnte, sondern die Gegner der Degussa-Beteiligung einfach überstimmt hatte. Stattdessen vermied man aus Sorge um die Gesamtrealisierung, die Problematik auf den Punkt zu bringen. Die Folge war die Befürwortung des Weiterbaus. Sie zeigt, wie sehr sich die politischen Entscheidungsträger von den originären Anliegen des Gedenkens entfernt haben. Sie macht zugleich deutlich, dass die von Anfang an vernachlässigte Frage, für wen – für welche Zielgruppen? – dieses Denkmal eigentlich errichtet wird, nur verdrängt war und jederzeit wieder aufbrechen kann.

Die Rehabilitation und Absolution von Degussa, über die Gefühle der Betroffenen hinweg, wird damit zum Bestandteil des Entstehungsprozesses des Denkmals. Alles soll möglich sein bei diesem Projekt, damit die Erfolgsgeschichte nicht beeinträchtigt wird. In einer Rede zu

einer Ausstellungseröffnung am Gedenktag für die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar wies Günter Morsch, Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Dachorganisation der KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück, auf die Gefahr politischer Instrumentalisierung hin, die mit der Entwicklung einer nationalen Gedenkkultur verbunden ist. Anders als die jahrzehntelang von unten entwickelten, meist gesellschaftskritisch orientierten dezentralen Erinnerungskulturen beinhaltet, so Morsch, eine "Nationalkultur" grundsätzlich Vereinheitlichungstendenzen. Diese sind nicht grundsätzlich falsch, bergen jedoch auch Gefahren – was in diesem konkreten Fall bedeutet, dass man sich über Gefühle der Überlebenden hinwegsetzt, wenn diese sich als nicht integrierbar erweisen. In einer Erklärung zur Degussa-Entscheidung (9.2.2004) schrieb Morsch, selbst Mitglied des Stiftungskuratoriums: "Als besonders schmerzlich empfinde ich es daher, wenn ablehnende und besorgte Äußerungen von Shoah-Überlebenden, ihren Angehörigen sowie von Organisationen der Opfer als Minderheitsmeinungen behandelt werden, die man in der pluralen Unübersichtlichkeit von individuellen Ansichten politisch austarieren könnte. Der Schmerz und die Empörung, die Überlebende und Angehörige angesichts der Beauftragung der Firma Degussa empfinden, werden dadurch auf eine Ebene mit politisch motivierten Abwägungen und vermeintlichen Sachzwängen gestellt."

Der Bau geht weiter. Immer mehr Stelen drängen sich auf dem Gelände, das trotz seiner riesigen Dimensionierung dem Besucher plötzlich eher zu klein als zu groß erscheinen mag. Ein Teil der Stelen wird in der Höhe verändert, weil sich der von Eisenman vielfach beschworene Eindruck eines "wogenden Weizenfeldes" vor Ort nicht recht einstellen mochte. Der Kostenrahmen von 28 Millionen Euro soll gehalten werden. Die Einweihung ist nun für den symbolträchtigen 8. Mai 2005 vorgesehen, den 60. Jahrestag des Kriegsendes.

Der zweite Band der Schriftenreihe Denkmal für die ermordeten Juden Europas widmet sich den nichtjüdischen, aber ebenfalls vom nationalsozialistischen Rassenwahn betroffenen Gruppen: "Dimensionen der Verfolgung. Opfer und Opfergruppen im Nationalsozialismus", herausgegeben von Sibylle Quack, Deutsche Verlagsanstalt, München 2003. Am Zustandekommen weiterer nationaler Denkmalsprojekte wird gearbeitet. Der Bau des Denkmals für die Sinti und Roma auf einer Lichtung südlich des Reichstags nach einem Entwurf von Dani Karavan ist beschlossen. Das Denkmal für die homosexuellen Opfer des NS-Regimes soll nach der Befürwortung durch den Kultur- und den Finanzausschuss des Bundestags im südöstlichen Tiergartenbereich entstehen, ebenfalls in Nähe zum Denkmal für die ermordeten

Juden Europas. Hässliche Pressekommentare über den “Wettbewerb der Opfer” und den angeblichen “Irrsinn, ... die Selektion der Opfer durch die Nazis nun in Mahnmalen nachzustellen” (Der Spiegel 2/2004), sind fehl am Platze. Die Ansammlung nationaler Mahnmale für einzelne Opfergruppen ist die Folge der (gegen einen Alternativ-Antrag getroffenen) Bundestagsentscheidung von 1999, Eisenmans “Field of Memory” ausschließlich den ermordeten Juden und nicht auch den anderen Opfern der rassistischen Vernichtungspolitik zu widmen.

Wenn Peter Eisenman betont, sein Denkmal sei ein “Ort der Stille”, so wünscht man sich, dass diese und viele andere konkrete Konflikte um dieses Projekt doch auch später einmal zum Sprechen gebracht werden. Aber der Baukünstler hat dies wohl, wie gewohnt, eher metaphorisch gemeint. So still soll der Ort einmal werden, “als würde man allein durch Auschwitz laufen” (Eisenman auf der Pressekonferenz vom 16.8.2003). So kann man nur hoffen, dass beim geplanten affektiven Environment das Nachdenken auch über die eigene Entstehungsgeschichte nicht zu kurz kommt.

Über deren Etappen gibt ein Buch des Historikers Jan-Holger Kirsch Auskunft: Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales “Holocaust-Mahnmal”, Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien 2003. Kirsch stellt seine Analyse des Denkmalstreits und der künstlerischen Entwürfe in den Kontext übergreifender kulturtheoretischer und geschichtsdidaktischer Fragen.